



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe XI/2013 – 17.06.2013)

Liebe Leserinnen und Leser,

Thomas de Maizière muss zurücktreten. Er hat sich selbst widersprochen, ist unglaublich und uneinsichtig. Er wäre wohl längst von Bundeskanzlerin Angela Merkel „gegangen worden“ – wenn es um Merkel herum nicht schon so leer geworden wäre. Das aber kann kein Kriterium sein, einen Mann im Amt zu halten, der mindestens die Unwahrheit gesagt hat, der keine klare Verantwortung übernehmen will und letztlich hunderte Millionen Euro Steuergelder verpulvert hat. Ein Minister, der nicht glaubwürdig ist, ist nicht haltbar – so steht es in der Süddeutschen Zeitung, und genau so ist es auch. Der Untersuchungsausschuss wird nun Licht in das Drogen-Dünkel bringen und dem Minister und seinen Leuten ihr Versagen präzise nachweisen.

Wir von der SPD-Fraktion haben in dieser Woche den gemeinsamen Antrag „Antisemitismus entschlossen bekämpfen, jüdisches Leben in Deutschland weiterhin nachhaltig fördern“ in den Bundestag eingebracht. Zusammen mit den Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU und FDP fordern wir von der SPD die Bundesregierung auf, hartnäckig und ausdauernd gegen diese Menschenfeindlichkeit vorzugehen. In Deutschland gibt es nach wie vor antisemitische Einstellungen. Dieser Umstand ist nicht akzeptierbar und muss weiterhin bekämpft werden. Insbesondere vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte, der Vertreibung und millionenfachen Ermordung der europäischen Juden unter dem nationalsozialistischen Regime, muss diese gemeinsame Aufgabe und Verantwortung entschlossen angenommen werden.

Die Kanzlerin und die Union haben Ende vergangener Woche die Chance vertan, ihre Glaubwürdigkeit bei den Mieterinnen und Mietern wieder herzustellen. Sie hätten zeigen können, wie ernst es ihnen mit der Mietpreisbremse ist. Sie hätten unserem Änderungsantrag für eine Begrenzung von Mieterhöhungen bei Wiedervermietungen von Wohnungen zustimmen können. Doch dieses Vorgehen lehnte die Union mit 215 Nein-Stimmen ab. Das Verhalten seitens Merkel und ihrer CDU/CSU grenzt an Wahlbetrug! Mit der FDP ist eine Mietpreisbremse ohnehin nicht zu machen.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe XI/2013 – 17.06.2013)

Ein Terminhinweis noch in eigener Sache: Bärbel Bas lädt zusammen mit dem Sportforum der Duisburger SPD am kommenden Mittwoch, den 19. Juni um 18 Uhr zum „Sportpolitischen Gespräch“ in die Sportschule Wedau ein. Gastrednerin ist Dagmar Freitag (SPD), Vorsitzende des Bundestags-Sportausschusses. Außerdem diskutieren mit: Jürgen Keusemann (OSC Rheinhausen) und Franz Hering (Stadtsporthund Duisburg). Alle Interessierten sind herzlich eingeladen und können sich im Wahlkreisbüro anmelden.

Viel Spaß beim Lesen wünschen

Johannes Pflug



Bärbel Bas



IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND V.I.S.D.P.: BÄRBEL BAS, MDB / JOHANNES PFLUG, MDB
REDAKTION: MANUEL REIß, LIS WEY
PLATZ DER REPUBLIK 1,
11011 BERLIN
DIE TEXTE KOMMEN ZUM TEIL VON DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Inhaltsverzeichnis

Seite

- 03** [Topthema: De Maizièrè-Rücktritt ist unausweichlich](#)
- 04** [Mieten und Wohnen: CDU/CSU-Fraktion stimmt gegen Mietpreisbremse](#)
- 05** [Verkehr: Die CSU und ihre Lüge von der PKW-Maut](#)
- 06** [Inneres: Mehr Bürgerbeteiligung auf Bundesebene](#)
- 08** [Rechtsextremismus: Gemeinsam gegen Antisemitismus](#)

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe XI/2013 – 17.06.2013)

TOPTHEMA

De Maizière-Rücktritt ist unausweichlich

Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) hat im Verteidigungs- und Haushaltsausschuss versucht, Verantwortung auf Untergebene abzuwälzen, und behauptet, er selbst sei erst am 13. Mai über die Entscheidung in Kenntnis gesetzt worden, dass das Ministerium aus dem Projekt aussteigen werde. Diese Selbstverteidigungsstrategie ist in sich zusammen gefallen wie ein Kartenhaus: Falsch ist die Behauptung, de Maizière sei mit den Problemen beim Euro-Hawk nicht befasst worden. Falsch auch die Aussage, es habe keine Vorlage an den Minister gegeben. Vielmehr gab es sowohl mündliche Unterrichtungen als auch schriftliche Vorlagen, die den Minister über Probleme informiert haben. Er war persönlich weit früher als behauptet im Bilde. Falsch ist auch die Behauptung, durch die Verschleppung von Entscheidungen sei Geld gespart worden. Tatsache ist, dass der Bundesrepublik während der Verzögerung erhebliche Mehrkosten entstanden sind. Im Übrigen bleibt es dabei, dass es im Ergebnis keine flugfähige Drohne gibt und dass Thomas de Maizière mehr als eine halbe Milliarde Euro Steuergeld in den Sand gesetzt hat. Unverantwortlich ist es schließlich, dass der Minister sich weigert, für eigene Fehler selbst gerade zu stehen und stattdessen mit dem Finger auf Untergebene zeigt.

Der Rücktritt von Thomas de Maizière ist unausweichlich geworden. Sein Auftritt vor den Abgeordneten des Verteidigungsausschusses und vor der Bundespressekonferenz lassen die Zweifel an seiner bisherigen Darstellung zum Scheitern des Projekts „Euro Hawk“ weiter wachsen. Da Herr de Maizière offensichtlich nicht freiwillig bereit ist, umfassend zur weiteren Aufklärung beizutragen, kann nur ein Untersuchungsausschuss diese Aufgabe leisten. Wir haben ihn deshalb in dieser Woche im Bundestag beantragt. Einem Missbilligungsantrag der Linken gegen Minister de Maizière hat die SPD-Fraktion gemeinsam mit den Grünen zugestimmt.



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe XI/2013 – 17.06.2013)

MIETEN UND WOHNEN

CDU/CSU-Fraktion stimmt gegen Mietpreisbremse

Am vergangenen Freitag hat die Koalition die Chance vertan, ihre Glaubwürdigkeit bei den Mieterinnen und Mietern wieder herzustellen. Die Kanzlerin und die CDU hätten zeigen können, wie ernst es ihnen mit der Mietpreisbremse ist. Wir von der SPD-Fraktion brachten unseren Vorschlag zu einer Begrenzung von Mieten bei Wiedervermietungen von Wohnungen erneut in den Bundestag ein. Und zwar als Änderungsantrag zur Verbraucherrechterichtlinie. Dagegen stimmten 215 Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion. Von der FDP lehnten 82 Abgeordnete die Mietpreisbremse ab.

Am 31. Mai versprach die Kanzlerin vor wohnungsuchenden Studentinnen und Studenten, eine generelle Begrenzung von Mieterhöhungen ins Wahlprogramm aufzunehmen. Sie dachte also vier Wochen nach dem Inkrafttreten der mieterfeindlichen schwarz-gelben Mietrechtsreform über Nachbesserung des eigenen Machwerks nach. „Dabei haben Sie im Gesetzgebungsverfahren alle Chancen für Änderungen gehabt“, warf Sören Bartol, wohnungspolitischer Sprecher unserer SPD-Fraktion, der Kanzlerin vor. Dass sie die Idee einer Mietpreisbremse von der SPD geklaut hatte, gab Merkel freimütig zu. Doch schon einen Tag nach ihrer Ankündigung einer Mietpreisbremse ruderte die CDU zurück.

Das Original ist besser als die Kopie

Merkel hatte schlecht von unserer SPD kopiert. Hätte sie es richtig gemacht, dann hätte sie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern viele Korrekturen erspart, sagte Bartol. Denn die Mietpreisbremse in unserem SPD-Programm vom 14. April, die bereits Ende Februar in Anträgen in den Bundestag eingebracht wurde, sieht folgende Regelung vor: Die Miete bei der Wiedervermietung einer Wohnung darf die ortsübliche Vergleichsmiete nicht um mehr als zehn Prozent übersteigen. Dies soll im gesamten Bundesgebiet und auch für die so genannte Staffelmiete gelten. Ausgenommen davon sind Erstvermietungen im Wohnungsneubau. Denn unser Land braucht neben öffentlichem, sozialem und genossenschaftlichem Wohnungsbau auch private Investitionen in neue Wohnungen, bekräftigte Bartol.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe XI/2013 – 17.06.2013)

Mittlerweile spricht auch die CDU von einer Begrenzung von Mieterhöhungen bei Wiedervermietungen, sie hat gemerkt, dass sonst private Investoren verschreckt werden. Und die Rede ist nur noch von einer Mietpreisbremse auf Länderebene. Die CDU will es den Ländern überlassen, Gebiete in Städten und Gemeinden zu definieren, in denen die Mietpreisbremse gelten soll. Und bei dieser Lösung ist der Streit schon vorprogrammiert: Kommune will bremsen, Land nicht oder umgekehrt, Vermieter klagen gegen die Mietpreisbremse im jeweiligen Gebiet. Kurz und gut: Die Anwendung dieser Pseudomietpreisbremse wird so kompliziert, dass sie kaum zum Tragen kommen wird.

VERKEHR

Die CSU und ihre Lüge von der PKW-Maut

So geht Populismus: Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Seehofer fordert die Einführung einer PKW-Maut nur für Ausländer. Dazu fand am 13. Juni im Bundestag eine Aktuelle Stunde auf Verlangen der SPD-Fraktion statt. Sie wollte wissen, welche Haltung die Bundesregierung zu diesen Plänen hat. Doch die Kanzlerin war nicht im Plenum – sie lehnt die PKW-Maut ab. Abgeordnete der CDU waren nicht im Saal und redeten nicht – auch sie lehnen die PKW-Maut ab. Von der Union redeten nur Abgeordnete der CSU und für die Bundesregierung Dr. Scheuer (CSU) Staatssekretär im Verkehrsministerium – sie wollen die PKW-Maut, nur für Ausländer versteht sich.

Die Wahrheit hinter der PKW-Maut-Lüge

Es sei eine dreiste Lüge, eine PKW-Maut nur für ausländische Fahrzeuge auf deutschen Straßen einführen zu wollen, empörte sich unserer SPD-Fraktionsvize Florian Pronold. Leidtragende einer PKW-Maut seien nur die Menschen, die in Deutschland leben und auf ihr Auto angewiesen seien – die Pendlerinnen und Pendler. Denn eine solche Maut nur für ausländische Fahrzeuge kann es gar nicht geben. Das hat die Bundesregierung selbst auf Anfrage der SPD bestätigt. Denn eine Einschränkung der PKW-Maut auf ausländische Fahrzeuge verstößt europarechtlich gegen das Diskriminierungsverbot. Auch ein von CSU-



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe XI/2013 – 17.06.2013)

Bundestagsabgeordneten angefordertes Gutachten vom Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages kam zum selben Ergebnis. Warum lügt dann die CSU?

„Es hört sich natürlich gut an, eine PKW-Maut nur für Ausländer zu fordern“, sagte Pronold. Doch was wäre, wenn sie käme: Nur fünf Prozent der PKW auf deutschen Straßen sind ausländische Wagen. Die Einnahmen daraus würden gerade mal die Verwaltungsgebühren für das Mautsystem decken. Das zeigten Vergleiche mit Österreich. Und die deutschen Autofahrerinnen und Autofahrer würden geschöpft, weil eine PKW-Maut nur für Ausländerinnen und Ausländer ja rechtlich nicht machbar ist. Es heiße immer, die Einnahmen aus der Maut kämen dem Straßenbau zugute. „Mit dieser Forderung lenkt Verkehrsminister Ramsauer von seinem eigenen Versagen ab“, stellte Pronold fest. Dabei seien Reparaturen unserer Infrastruktur bitter nötig: „Es gibt marode Brücken – dagegen hat Schwarz-Gelb nichts gemacht“, sagte Pronold. 30 Prozent der LKW auf deutschen Straßen kommen aus dem Ausland. LKW sind auch die tatsächlichen Verursacher für den schlechten Zustand vieler Straßen. Denn sie schaden der Straße 60.000-mal mehr als jeder PKW.

Ja, es sei richtig, dass für die Erhaltung der Straßen mehr Geld nötig sei, stellte Martin Burkert, SPD-Mitglied im Verkehrsausschuss fest. Deshalb habe unsere SPD-Fraktion Vorschläge für eine nachhaltige und solide Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur vorgelegt. Eine PKW-Maut einzuführen lehne die SPD ab, vor allem aus sozialen Gründen: Denn Pendler dürften nicht benachteiligt werden. Und noch etwas: Die PKW-Maut in Österreich, Italien, Frankreich und Spanien, über die sich manch deutscher Autofahrer ärgert, zahlen dort auch die Inländer.

INNERES

Mehr Bürgerbeteiligung auf Bundesebene

In der Bevölkerung wächst der Wunsch nach stärkerer Beteiligung. Laut einer Umfrage wollen 81 Prozent der Bürgerinnen und Bürger mehr direkte politische Mitsprache. In den Bundesländern und Kommunen, in der Europäischen Union und auf der nationalstaatlichen

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe XI/2013 – 17.06.2013)

Ebene vieler umliegender Länder sind Elemente der direkten Demokratie verfassungsrechtlich verankert. Auf Bundesebene in Deutschland gibt es keine Volksabstimmungen außer denen zur Ablösung des Grundgesetzes und zur Neugliederung des Bundesgebietes.

Unser SPD-Entwurf zur Ergänzung des Grundgesetzes (Drucksache 17/13873), um unmittelbare Bürgerbeteiligung auf Bundesebene zu ermöglichen, ist am 14. Juni im Plenum debattiert worden. Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer Thomas Oppermann sagte: „Die Zeit ist reif für eine Erweiterung der Demokratie“. Zu einem modernen Staat gehöre Teilhabe und Transparenz. „Viele Menschen fühlen sich von der Politik ausgeschlossen. Wir dürfen diese Menschen nicht verloren geben“. Der Schweizer Volksentscheid, Managergehälter zu begrenzen, zeige die positive Wirkung von direkter Demokratie. Auch in Deutschland seien viele Bürgerinnen und Bürger daran interessiert, zwischen den Wahlen einzelne Sachentscheidungen der Bundesregierung mitzugestalten oder zu korrigieren. Die Möglichkeit eines Volksentscheides werde auch die politische Kultur verändern. „Man muss den Willen des Volkes stärker im Auge behalten und früher den Dialog suchen“, bekräftigte der Innenexperte. Die Regierung müsse stärker Überzeugungsarbeit leisten und sei gezwungen ihre Politik besser zu erklären. Der SPD-Abgeordnete konstatierte auch einen weiteren Effekt von direkter Demokratie: „Es geht nicht nur darum, die Mitbestimmung des Volkes zu stärken, sondern auch die Mitverantwortung.“ Schließlich forderte er die Union auf, ihre Blockade aufzugeben: „Überwinden Sie endlich ihre Angst.“

Volksinitiative möglich machen

Die vorgeschlagene Änderung des Grundgesetzes orientiert sich mit einem dreistufigen Verfahren aus Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid an der Mehrheit der jüngeren, direktdemokratischen Regelungen einiger Bundesländer. Im Detail sieht der Entwurf folgende Regelungen vor: 100.000 Abstimmungsberechtigte können den Bundestag auffordern, sich mit einer Gesetzesvorlage oder einem anderen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung zu befassen (Volksinitiative). Kommt innerhalb von einem halben Jahr kein Bundesgesetz oder Beschluss zustande, so kann ein Volksbegehren beantragt

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe XI/2013 – 17.06.2013)

werden, das innerhalb von weiteren sechs Monaten mindestens eine Million Wahlberechtigte unterzeichnen müssen. Entspricht der Bundestag dem Volksbegehren innerhalb von sechs Monaten nicht, so findet ein Volksentscheid statt. Dabei entscheidet dann die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, mindestens müssen sich allerdings 25 Prozent der Abstimmungsberechtigten beteiligen. Ergänzend werden die Anregungen aus der Wissenschaft aufgegriffen, und außer diesen Instrumenten der aktiven Gestaltung, quasi dem „Gaspedal“, soll auch das volksbegehrte Referendum eingeführt werden. Diese „Bremse“ ermöglicht Bürgerinnen und Bürgern, den Parlamentsgesetzgeber zu korrigieren. Eine Million Abstimmungsberechtigte haben somit das Recht, ein vom Bundestag bereits beschlossenes Gesetz, dem Volksentscheid zu unterwerfen. Auch der Bundestag kann mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit beschließen, die Bevölkerung über ein Bundesgesetz abstimmen zu lassen (Parlamentsreferendum).

Umsetzung der direkten Demokratie in einfaches Recht

Parallel dazu haben wir von der SPD-Fraktion eine weitere Vorlage (Drucksache 17/13874) ins Parlament eingebracht. Der Entwurf eines Gesetzes über Abstimmungen des Bundesvolkes (Bundesabstimmungsgesetz) setzt die Grundgesetzänderung zur Einführung von direktdemokratischen Elementen auf Bundesebene in einfaches Recht um. Es regelt beispielsweise die Eintragungsverfahren und Fristen, die Gestaltung der Stimmzettel und die Abstimmungsprozesse, die Anhörungsrechte in Bundestag und Bundesrat, die Wahrung der Rechte und Interessen der Länder, den Rechtsschutz beim Bundesverfassungsgericht und den Datenschutz. Dabei richtet sich der Entwurf nach dem Vorbild der derzeit modernsten landesrechtlichen Regelung in der Freien und Hansestadt Hamburg, bezieht aber auch Erfahrungen der übrigen Bundesländer sowie ausländischer Rechtsordnungen ein.

RECHTSEXTREMISMUS

Gemeinsam gegen Antisemitismus

Antisemitismus ist ein Problem, das alle angeht. Nicht nur durch Beschlüsse des Staates und der Politik, sondern durch gemeinsame Anstrengungen von Staat, Zivilgesellschaft und der

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe XI/2013 – 17.06.2013)

Gesamtheit der Bürgerinnen und Bürger kann dieses Problem nachhaltig angegangen und gelöst werden. In Deutschland gibt es nach wie vor antisemitische Einstellungen. Dieser Umstand ist nicht akzeptierbar und muss weiterhin bekämpft werden. Insbesondere vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte, der Vertreibung und millionenfachen Ermordung der europäischen Juden muss diese gemeinsame Aufgabe und Verantwortung entschlossen angenommen werden.

Wir von der SPD-Fraktion haben in dieser Woche den gemeinsamen Antrag „Antisemitismus entschlossen bekämpfen, jüdisches Leben in Deutschland weiterhin nachhaltig fördern“ (Drucksache 17/13885) in den Deutschen Bundestag eingebracht. Zusammen mit den Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU und FDP fordert die SPD die Bundesregierung auf, hartnäckig und ausdauernd gegen diese Feindlichkeit vorzugehen. Zu Beginn der Legislaturperiode soll in Abstimmung mit allen Fraktionen des Bundestages ein unabhängiger Sachverständigenrat aus Wissenschaft und Praxis bestellt werden. Die Sachverständigen sollen einen Bericht erstellen, in dem sie konkrete Vorschläge für weitere Maßnahmen der Bekämpfung des Antisemitismus machen. Ein besonderer Schwerpunkt soll dabei auf Maßnahmen liegen, die auf Bundesebene umgesetzt werden können.

Antisemitismus gemeinsam mit Ländern und Kommunen bekämpfen

Ein unabhängiger Expertenkreis aus Wissenschaft, Praxis und Zivilgesellschaft hatte im Herbst 2011 seinen Bericht abgeschlossen. Er konstatierte einen erschreckend hohen Anteil von 20 Prozent offenem und latentem Antisemitismus in Deutschland, der auch in der Mitte der Gesellschaft zu finden ist. Diese Ergebnisse machen es erforderlich, dass regelmäßig und umfassend zu diesem Thema geforscht und berichtet wird. Außerdem sollen bestehende und künftige Programme und Maßnahmen verstärkt so ausgerichtet werden, dass sie Antisemitismus in allen neuen Erscheinungsformen möglichst in Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen bekämpfen. Unter Achtung der Länderhoheit soll die pädagogische Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus gefördert und in Kooperation mit der Kultusministerkonferenz und den Ländern verbessert werden. Das Ziel: an Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen über Antisemitismus aufzuklären und die Lehrpläne

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe XI/2013 – 17.06.2013)

in Schulen zum Thema jüdisches Leben heute und deutsch-jüdischer bzw. europäisch-jüdischer Geschichte und Ethik zu erweitern. Moderne pädagogische Ansätze einer Holocaust-Bildung sollen in einem Leitfaden zusammengefasst werden, um Klarheit in das umfangreiche Angebot an Ansätzen zu bekommen. Schließlich sollen Polizei- und Strafverfolgungsbehörden sowie Nachrichtendienste auch weiterhin im Zusammenwirken mit den Ländern effektiv für das Thema Antisemitismus sensibilisiert werden.

Staatliche und zivilgesellschaftliche Institutionen beweisen bereits großes Engagement in der Bekämpfung des Antisemitismus und setzen sich in vielfältiger Weise für die Stärkung demokratischer Grundwerte ein. Dennoch muss noch mehr getan werden: Antisemitismus äußert sich in sämtlichen gesellschaftlichen Schichten und politischen Lagern und findet neue Ausdruckformen u. a. im Antizionismus und verschiedenen antijüdischen und anti-israelischen Haltungen, die sich auch über das Internet verbreiten.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de